

„London pampert Ukrainer und deportiert afrikanische, arabische Asylsuchende“

Georges Hallermayer

Die britische Regierung schloss am 14. April 2022 mit Ruanda eine auf fünf Jahre limitierte Vereinbarung, die „UK-Rwanda Migrationspartnerschaft“, um illegal eingereiste Asylbewerber nach Kigali zu verschicken, die dort dann in Internierungslagern die administrativen Prozeduren abzuwarten hätten. Das Außenministerium des westafrikanischen Landes Ghana hatte im Januar Berichten in der britischen Presse kategorisch widersprochen, das Land sei Teil dieses Programms. „London pampert Ukrainer und deportiert afrikanische, arabische Asylsuchende“, so brachte es am 19. April der frühere nigerianische Luftfahrtminister Femi Fani-Kayode in der nigerianischen Zeitung *Daily Post* auf den Punkt. Den Politiker erbitterte die rassistische Doppelzüngigkeit, dass „der Westen die Notlage der Menschen in der Ukraine beweine, aber sich nicht um die barbarischen Ereignisse im Jemen, in Somalia, Nigeria schere“. Immerhin geht es um die von 8.404 im Jahre 2020 auf 28.526 im Jahr 2021 angestiegene Zahl an Migranten, die in kleinen Booten den Kanal überquert hatten, so die in Accra beheimatete Plattform *Business Ghana*. Und Premier Boris Johnson befürchtet, dass in den kommenden Wochen täglich bis zu tausend Flüchtlinge in Großbritannien anlanden.

Über 150 ruandische NGOs, Gewerkschaften, Initiativen und Assoziationen hatten umgehend ihren Protest in einem offenen Brief ins Netz gestellt. Und die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR prangerte den geplanten Bruch internationalen Rechts an. Flüchtlinge „sollten nicht wie Waren gehandelt und zur Verarbeitung ins Ausland gebracht werden“, wird Gillian Triggs, UNHCR Assistant High Commissioner for Protection, in *Jurist-News* zitiert. In Großbritannien kritisierte derweil der höchste Geistliche Englands, der Erzbischof von Canterbury, das Vorhaben, ebenso wie die ehemalige britische Premierministerin Theresa May. Die parlamentarische Opposition verurteilte die „Operation Dead Meat“ wie sie in der Presse genannt wurde, und bemängelte fehlende Informationen über die Kosten.

Auch wenn das „Memorandum of Understanding“ samt Ausführungsbestimmungen noch nicht veröffentlicht ist, soviel ist durchgesickert: Nur allein stehende männliche Migranten seien betroffen. Wie die *BBC* berichtete,

werde positiv Beschiedenen ein langfristiger Aufenthalt in Ruanda angeboten, Abgewiesene würden in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Den vor Hunger und Krieg fliehenden Migranten aus Ostafrika, Syrien und dem Jemen würden die Flüchtlingslager als große Hilfe verkauft – 6.500 Kilometer entfernt vom Ziel ihrer Hoffnungen – ein kaum zu überbietender Zynismus. Eritrea verurteilte diesen „beschämenden, unethischen Plan“ als „strategische Entvölkerungspolitik“, die offenbar afrikanische Länder durch finanzielle Anreize zur Komplizenschaft verleite. Dabei lehnt sich das Abkommen an Australiens „pazifische Lösung“ an, nach der von 2001 bis 2007 und seit 2012 Bootsflüchtlinge auf die Insel Manus in Papua-Neuguinea verbracht werden, wo sie keine Garantie für eine Ansiedlung in Australien haben. Dänemark hat schon Interesse an dem Modell gezeigt. Und die Europäische Union? Die Begleitmusik zur Frontex-Abschottung, die Ursachen der Migration in den Ursprungsländern anzugehen, Projekte wie gegen die Folgen von Unterentwicklung und Klimawandel würden entbehrlich. Im 5,2 Milliarden Euro umfassenden EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika sind für Migrationsmanagement ohnehin nur 24 Prozent vorgesehen.

Die internationale Presse verurteilt „den „obszönen Outsourcing-Deal“ (*Oriental Review*) als „inhuman“ (*Al Jazeera*). Die britische Innenministerin Priti Patel verteidigte das Modell unterdessen gegen den weltweiten „Shitstorm“. Den kriminellen Schlepperbanden werde das lukrative Geschäftsmodell ausgetrocknet. Allerdings warnt der UNHCR davor, dass neue Flüchtlingskorridore geschaffen würden. Mit 120 Millionen Pfund – ein Betrag, der als völlig unzureichend kritisiert wurde – würde die Integration unterstützt und ein Teil der ruandischen Flüchtlinge in Großbritannien würde legalisiert. Priti Patel pries Ruanda zudem als einen Hort des Friedens und der Sicherheit an. Dabei wird Ruanda beschuldigt, in Grenzstreitigkeiten mit Uganda und der Demokratischen Republik Kongo bewaffnete Gruppen zu unterstützen. Ruanda beherbergt nach UNHCR-Angaben als Folge bereits über hunderttausend Flüchtlinge. 🌐

Georges Hallermayer

geb. 1946, Historiker, Dozent und stellvertretender Centrunsleiter bei den Carl-Duisberg-Centren. Viele Jahre Betriebsrat und Mitglied im GEW-Landesvorstand Saar

Blog: weltsolidaritaet.blogspot.com

